

Nicht autorisierte Abschrift !

Rede vom 16.3.2007 von Joschka Fischer, Humboldt-Universität Berlin, anlässlich des Treffen der Europäischen Grünen Partei

Einen recht schön guten Abend! Ich möchte mit einer Vorbemerkung beginnen, die sich eher an die Medien, als an die Zuhörerinnen und Zuhörer richtet: Nein, das ist keine Rückkehr in die deutsche Innenpolitik, es ist auch keine Rückkehr in die grüne Politik, damit das gar nicht erst geschrieben und spekuliert werden muss.

Sondern, es ist eine alte Freundschaft - Dani in seiner beeindruckenden Art, der mich dazu überredet hat - und gleichzeitig die Leidenschaft für das Thema, dass uns ja gemeinsam umtreibt, und auch die Leidenschaft ist uns gemeinsam, nämlich die Zukunft Europas. Es geht mir darum, hier aus der Sicht von Außen etwas zur Analyse der Lage in Europa und vielleicht auch zur Eröffnung der Zukunftsperspektiven beizutragen.

Eine zweite ganz kurzen Vorbemerkung an meine Partei: Es geht mir hier nicht um eine parteipolitische Stellungnahme / Intervention in die Grünen rein, sondern so sehe ich die Dinge. Die Partei mag sie ja an der einen oder anderen Stelle anders sehen, oder grundsätzlich anders sehen, aber das ist nicht, was heute Abend uns wirklich bewegen sollte.

Was uns bewegt, ist das große Thema Europa, ich meine, es ist das Zukunftsthema. 50 Jahre Römische Verträge, 25. März 1957 wurden diese Dokumente unterschrieben. In einem Saal übrigens, wo ein überlebensgroßer Papst aus schwarzem Marmor segnend die Hand darüber hält. Damals, wie sah Europa damals aus? Blicken wir zurück, bevor wir voraus schauen. Europa war damals mitten im kalten Krieg. Die Mauer war noch nicht gebaut und dennoch: Berlin-Krisen, ein Jahr zuvor, ein knappes Jahr zuvor, ein halbes Jahr zuvor, im November 1956, der Aufstand in Ungarn, der von der roten Armee blutig niedergeschlagen wurde. Es war eine Zeit, in der zumindest meine Generation, ich war damals 9 Jahre alt, Kriegsangst noch richtig mitbekommen hat. Das heißt, die konkrete physische Angst, es könnte zum Krieg kommen, war damals noch Realität, und was Krieg hieß war in den Ruinen des zweiten Weltkriegs, in denen unsereins noch gespielt hat, nur zu greifbar. Dies Europa war ein West-Europa. Ost-Berlin, Ost-Deutschland, die Staaten Mittel- und Ost-Europas auf der falschen Seite des Eisernen Vorhangs waren davon ausgeschlossen.

Es gründete dieses Europa auf einer sicherheitspolitischen Entscheidung, die in ihrer Bedeutung überhaupt nicht zu unterschätzen ist, nämlich die Entscheidung der Vereinigten Staaten von Amerika, anders als nach dem ersten Weltkrieg - und die Debatte hat wenige Monate nach dem Ende des zweiten Weltkriegs im amerikanischen Kongress schon begonnen - sich nicht zurückzuziehen aus Europa. Europa, West-Europa, eben nicht seinem Schicksal zu überlassen und das spitzte sich dann in der ersten großen Berlinkrise mit der Berlin-Blokade zu, nämlich West-Berlin nicht aufzugeben, sondern mit einer Luftbrücke zu halten.

Diese Entscheidung ist deswegen so wichtig, weil - ohne sie - es vermutlich niemals die zweite Entscheidung mit ihren Konsequenzen, die wir heute diskutieren, gekommen wäre. Diese zweite Entscheidung war von Schuman und Monet, dem französischen Außenminister Robert Schuman und Jean Monet seinem Staatssekretär, die Erkenntnis, dass das alte europäische Staatensystem zu zwei Weltkriegen geführt hat und in diesen beiden Weltkriegen endgültig sich selbst zerstört hat.

1945 war Europa zweigeteilt zwischen der Sowjetunion und den USA, den beiden Hauptsiegermächten und die Idee war, dass dieses Europa eine Zukunft braucht, die nicht mehr auf dem Gleichgewicht der Mächte gründen kann, die nicht mehr hauptsächlich sich durch die Rivalität der Macht von Machtstaaten gründen kann, sondern die Idee war, die strategischen Interessen zusammenzuführen, das heißt, nicht mehr auf den Schlachtfeldern diese Interessenwidersprüche auszukämpfen, sondern gründend auf Recht und Demokratie darüber zu verhandeln und die Ergebnisse in gemeinsamen Institutionen umzusetzen, das heißt einen Teil der staatlichen Souveränität zusammenzuführen über die Interessen. Es begann mit Kohle und Stahl, es sollte was für uns Grüne und dies ja noch lange vor unserer Gründung - der dritte Punkt sollte die gemeinsame Verfügung über das Nukleare werden, das dürfen wir nicht vergessen, und daraus entstand dann die Idee der Wirtschaftsgemeinschaft. Die Römischen Verträge.

Und diese Idee hat eine völlig neue Realität geschaffen. Wer Europa begreifen will, muss begreifen, dass ein neues Staatensystem daraus entstanden ist in West-Europa. Ein Staatensystem, das auf Integration setzt, etwas, was es seit der Bildung der neuen, der modernen Staaten noch nie in dieser Form gegeben hat. Das heißt, dass souveräne Staaten ihre Interessen, ihre wichtigsten Interessen zusammenführen, trotz aller

Unterschiede, trotz aller offenen Rechnungen, die es in der gemeinsamen Geschichte überreichlich gab und gibt.

Die Idee war, es sollte nie wieder Krieg geben. Und wenn wir uns unter diesem Gesichtspunkt die Europäische Union heute anschauen, wenn wir also zurückblicken, dann ist es ein in der Geschichte einmaliges Erfolgsmodell. Emmanuel Kant, der große Philosoph aus Königsberg hatte diese Schrift "Zum ewigen Frieden" verfasst. Und ich weiß nicht, wem die Ironie aufgefallen ist, denn da war ein kleines Bild in der Originalschrift und er orientierte sich an einem niederländischen Gasthof, der so hieß, da war allerdings ein Sarg drauf abgebildet. Das heißt im Deutschen spricht man auch von ewigen Frieden - "Du mögest ruhen in ewigem Frieden" - wenn man jemanden zu Grabe trägt.

Und diese Verbindung des ewigen Friedens, diese Doppeldeutigkeit, die hat in Europa natürlich eine ganz besondere Bedeutung. Heute können wir feststellen, dass für das ganze Europa dieser ewige Frieden - als Mensch sollte man nie sagen, in diesem Jammertal dauerhaft gesichert ist - aber alles spricht dafür, dass Krieg keine Perspektive mehr auf diesem Kontinent ist. Wenn, wenn diese Europäische Integration auch in Zukunft bestand hat.

Ich denke, es ist das Wichtigste, das man begreift. Und gerade auch unsere Generation, die jüngere Generation, wir haben es ja 1991 auf dem Balkan noch mal erlebt, wie diese ganzen Schatten der Vergangenheit plötzlich wieder Realität wurden, wie die Frage der Grenzveränderung durch den Einsatz militärischer Macht, die Verneinung des Rechts, durch ethnische Säuberung, wie dieses damals im Auseinanderbrechen in Jugoslawien plötzlich wieder da war. Und auch wenn es die Akteure nur bedingt damals erkannt haben, aber im Rückblick muss man feststellen, es war zugleich eine Herausforderung für das neue Europa, das Europa der Integration und wir müssen daraus lernen, dass dieser Kontinent nicht auf zwei Grundsätzen gründen kann, einem Europa der Integration auf der eine Seite und einem "Zwischeneuropa". "Zwischen" deswegen, weil es dann zwischen Russland und dem Europa von Brüssel läge, das auf den alten Grundsätzen der Staatssouveränität, dem Gleichgewicht der Mächte und nationalistischen Ideologien gründet. Das wäre hochgefährlich.

Nein liebe Freundinnen, Freunde, dieses neue Europa hat wirklich einen dauerhaften Frieden geschaffen auf unserem Kontinent. Es hat zugleich Demokratie und Rechtsstaat zur alleinigen politischen Verfassungsform gemacht, mit ganz wenigen Ausnahmen. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit ist in Europa entwickelt wie kaum sonst wo, mit allen Unterschieden, die es zwischen den nationalen Traditionen gibt und auch ökonomische Wettbewerbfähigkeit, die diese soziale Gerechtigkeit verdient. Und ich meine, die Grünen in Europa, die Grünen in Deutschland, die Umweltbewegung, sie kann stolz sein über das, was bisher an ökologischer Transformation erreicht wurde im Verhältnis zu anderen Erdteilen oder Staaten. Allerdings ist das die rückwärtsgewandte Perspektive.

Schaut man voraus, ergibt sich ein völlig anderes Bild: Die EU befindet sich seit dem "Nein" in Frankreich und den Niederlanden in der schwersten Krise seit ihrem Bestehen. Die großartige Leistung der Erweiterung hat diese Krise massiv befördert und ihre Lösung keineswegs einfacher gemacht. Die EU befindet sich in einer tiefen, institutionellen Krise, das heißt die Notwendigkeiten, die objektiven Notwendigkeiten gründen auf den eigenen Interessen zu Handeln und der Fähigkeit zu Handeln. Das läuft immer weiter sichtbar auseinander. Die Globalisierung setzt ihr völlig neue Herausforderungen, die Gestaltung der Globalisierung, aber auch die Tatsache als solche. Das Geheimnis des kalten Krieges war ja, dass er nicht nur eine Bedrohung war, sondern zugleich auch - niemand hat darüber gesprochen - ein gewisser Schutz.

Gerade die Grünen, die Ökologen kennen ja die Formel 20:80 nur zu gut, die alte Formel des "Club of Rome". 20% der Menschheit nehmen an den Segnungen teil und produzieren gleichzeitig 80% der Probleme. Und 80% sind davon ausgeschlossen und produzieren nur 20% der ökologischen Probleme. Nur liebe Freundinnen, Freunde, stimmt diese Gleichung heute noch? Wenn wir über Globalisierung sprechen, dann müssen wir begreifen, dass die Globalisierung aus Sicht einer Bürgerin oder eines Bürgers in Shanghai oder in Bangalore oder selbst in Dakar, in Bangladesh völlig anders aussieht, als aus der europäischen oder amerikanischen Perspektive.

Der kalte Krieg war deswegen auch Schutz, weil der damals, der so genannte Weltmarkt, aus 800 bis 1 Milliarde Menschen bestanden hat. Das berühmte 20 % des Club of Rome - und dabei waren nicht einmal alle eingeschlossen, die im Westen lebten. Aber seit dem Fall der Mauer, seit jenem - ich würde es fast als politischen Urknall bezeichnen, weil er weit über das was gemeinhin eine große Revolution an Folgen hatte übertraf - seitdem hat sich das, was man Weltmarkt nennt, auf 2 ½ bis 3 Milliarden Menschen erweitert. Und alle werden versuchen in diese Richtung zu gehen.

Wir haben heute eine Welt, eine globale Kommunikationsrealität, wo dieselben Träumen, dieselben Wünsche überall gezeigt werden. Und ich wüsste nicht einen Grund, mit welchem Recht unsereins sagen könnte, das Schwellenstaaten mit ihren großen Bevölkerungen nicht in dieselbe Richtung gehen sollten. Der Wunsch nach sozialer Sicherheit, nach Bildung und Ausbildung für die Kinder, der Wunsch Träume realisieren zu können, nach Mobilität, nach dem eigenen Auto, dem Fernsehapparat, dem Kühlschrank, nach Rechten, nicht mehr abhängig zu sein von der Willkür, der politischen Obrigkeit oder von Arbeitgebern. Diesen Traum träumen jetzt fast 7 Milliarden Menschen und Recht haben sie.

Und gleichzeitig wissen wir, dass die nicht beabsichtigten, ökologischen Folgen uns vermutlich vor eine der radikalsten Herausforderungen in der Geschichte der westlichen Industriegesellschaft stellen werden und das hat natürlich auch massive ökonomische Folgen. Die Grünen begreifen sich ja als eine moderne Linkspartei und die Linke weiß sehr gut, dass es hier immer auch um Verteilungsfragen geht - und selbstverständlich ist es sehr einfach in einem Hörsaal von Verteilungsfragen zu sprechen, - wenn allerdings die Verteilungsfrage so aussieht, dass es zu - nicht unseren, - aber als Nation oder als Europa schon zu unseren Lasten geht, dann stellen sich die Dinge plötzlich sehr viel anders da.

Hinzu kommt, dass sie als politische Lage des kalten Krieges so gefährlich sie war, auf der andere Seite heute mit einer sicherheitspolitischen Lage konfrontiert wird, die weitaus unübersichtlicher ist. Die Selbstschwächung der Vereinigten Staaten in ihrer Politik des Unilateralismus, die sie in den Irak geführt hat, wird Europa vor sehr sehr große Probleme stellen. Wir sind die geo-politischen Nachbarn, vergessen wir das nicht. Die USA können sich theoretisch zurückziehen, sie werden es nicht tun, aber sie werden ihr Engagement anders gestalten. Und dann? Die Krise wird nicht gelöst sein im Nahen und Mittleren Osten. Wir stehen also vor entscheidenden Veränderungen, und die Frage, die sich mir stellt ist: Sind wir Europäer darauf vorbereitet? Oder man könnte es noch provokanter sagen: Wenn die Europäer nicht darauf vorbereitet sind, müssen wir dann zurück zum alten Nationalstaat?

Das ist nicht nur eine theoretische Frage, sondern wenn man aus der Ferne die europäische, auch die deutsche Debatte verfolgt, dann wird im Wesentlichen immer noch diskutiert aus der nationalen Perspektive. Und gerade in einem so großen Land wie Deutschland wird nicht diskutiert, und dasselbe gilt für Frankreich und für Großbritannien, gerade in den entscheidenden, sicherheitspolitischen Fragen: Was müssen wir für die Durchsetzung europäischer Interessen leisten? Es hat nichts mit Parteipolitik zu tun, sondern das ist die europäische Realität. Ich meine, die Verfassung, wenn sie angenommen worden wäre, hätte hier einen anderen Rahmen gesetzt, aber ich komme darauf noch zu sprechen.

Wir stehen also in einer Situation, und da liebe Freundinnen und Freunde habe ich sehr lehrreiche Monate hinter mich gebracht, wo die Anderen nicht warten werden. Mein früherer indischer Kollege, der früheren indische Außenminister hat in Princeton einen Vortrag gehalten mit einer Selbstverständlichkeit, wo ich mir gewünscht hätte, dass das wirklich so zu sagen bei uns in Europa mal mitgehört wird, sagte er: Es wird drei Supermächte im 21. Jahrhundert geben: Indien, China und die USA. Von Europa hat er gar nicht mehr gesprochen. Dann mag man sagen "Ok, warum soll man auch über uns reden?", aber da kann ich nur sagen: Daran hängt enorm viel. Daran wird hängen, ob wir Europäer die Entscheidungskompetenz auch in Zukunft bei uns behalten oder nicht. Daran wird hängen, ob diese Vorstellung, wie wir Gesellschaft gerne wollen, in Widerstreit zwischen Links und Rechts, aber im Wesentlichen - wenn man zurückblickt - auf einer konsensuellen Linie die ausgestritten werden muss in den Details, in der Tagespolitik, aber die die Europäer insgesamt auch Teilen und Kennzeichnen, mit nur ganz wenigen Ausnahmen. Und dazu gehört eben auch eine Wettbewerbsfähigkeit über einen gewissen Umverteilungseffekt soziale Gerechtigkeit, als einen essentiellen, wesentlichen Punkt des Europäischen Modells definiert, das sind die Fragen die daran hängen werden. Und wir müssen sehr Acht geben, dass wir nicht zu langsam sind, weil die Dinge sich enorm schnell verändern.

Hier in der Humboldt-Universität, Dani hat es angesprochen, habe ich eine Rede gehalten und diese Rede war geprägt von den föderalen Träumen Europas und ich bekenne ganz offen vor die Alternative gestellt, ob ich ein Föderalist bin oder ein Intergouvernementalist würde ich mich immer für das Föderale entscheiden. Nur wir müssen auch sehen, die föderalen Träume sind die Visionen, die dieses Europäische Projekt vorangetrieben hat, aber dieses Europa wird von den föderalen Träumen nicht mehr gestaltet werden können, wenn nicht das Bewusstsein der Interessen dieses Europas die Grundlage für die Umsetzung dieser Vision darstellt. Das Europa der Interessen. Das ist für mich, wenn Sie so wollen, der entscheidende Punkt und blicken wir noch mal zurück zu 1989, damit ich rausarbeiten kann die Bedeutung dieses Europas der Interessen. Blicken wir nochmals zurück in die ganzen Debatten, die es damals in der Folge dieser

welthistorischen Zäsur gegeben hat. Der föderale Traum war immer der Traum der Vereinigten Staaten von Europa, um es mal auf den Punkt zu bringen, aber dieser Traum wurde nicht von der Mehrheit der Europäer geträumt, die skandinavische Tradition, die britische Tradition ist eine andere und ich verstehe das auch. Aus schwedischer Perspektive, wo liegt der Mehrwert der Europäischen Union? Die ursprünglichen Europäer waren geprägt durch das nie wieder Krieg. Aber eine alte Demokratie gab es in Schweden schon früher, dazu bedurfte man nicht Brüssel, eine florierende Wirtschaft, eine starke Marktwirtschaft, ein starker Sozialstaat ist Schweden ganz unabhängig von der Europäischen Union, eher führend. Warum also die Souveränitätsübertragung, das fragen sich diejenigen Europäer, die eine glücklichere Geschichte hatten. Im Mittelmeerraum wiederum, ist völlig klar, Demokratie, sozialer Fortschritt, wirtschaftlicher Wohlstand, die Herrschaft des Rechts, das verbindet sich dort mit Europa, d.h. Europa ist dort eine Erfolgsgeschichte. Wir Europäer haben einen unterschiedlichen Zugang, unterschiedliche Traditionen, aber ich glaube, das entscheidende gemeine neue Element heute, das sind die europäischen Interessen. Und die Währungsunion hat eine neue Qualität geschaffen. Zum ersten Mal ist ein Kernbestandteil der Souveränität, wenn ich Souveränität durch drei teile, nämlich die Herrschaft über die äußere Sicherheit, die innere Sicherheit und die Währungshoheit definieren. In der Währungsunion ist ein neuer Integrationsschritt gemacht worden, nicht von allen, aber von der Mehrheit innerhalb der europäischen Mitgliedsstaaten und diese Währungsunion wird ihre Konsequenzen nach sich ziehen. Aber dasselbe geschieht und geschah auch in der Frage der Sicherheit, ich habe Kosovo, ich habe den Balkan vorher schon erwähnt, erinnert euch, liebe Freundinnen und Freunde, 1991, wie Europa gefangen war hier in der eigenen Geschichte von Berlin und Wien für Kroatien, Paris, London, für Serbien. Die Konsequenz war furchtbar, aber nicht nur Europa ist es, es ist auch der Nahe und Mittlere Osten, es ist unsere Nachbarschaft, es ist Russland. Und zu unserer Nachbarschaft gehört im Süden auch der große Kontinent Afrika. Glaubt allen Ernstes jemand, dass wir erstens uns immer auf die USA verlassen können, dass sie da sein werden. Es schimpfen viele über sie, aber wenn es ernst wird, siehe Balkan, geht es ohne sie nicht. Was geht in Darfur ohne sie, selbst wenn die Europäer sich einig wären? Und zweitens werden wir Europäer dann in der Lage sein für eigene Sicherheit zu sorgen, eine gemeinsame Außenpolitik zu entwickeln? Wir haben mittlerweile gemeinsame Interessen, europäische Interessen. In unseren Außenbeziehungen, wirtschaftlichen Außenbeziehungen, Energieaußenbeziehungen, in jeder Frage, aber auch in der Sicherheit und Außenpolitik, frage ich euch, gibt es noch ein wirklich essentielles Interesse, dass selbst die mächtigsten Nationalstaaten in der Europäischen Union, Großbritannien und Frankreich, Atomkräfte und ständige Sicherheitsratsmitglieder oder das größte Land, wirtschaftlich stärkste, Deutschland, für sich allein erfolgreich vertreten könnten? Mir fällt keines ein. Und um es noch klarer zu machen, schaut euch den Sicherheitsrat an, im Sicherheitsrat gibt es zwei europäische Mächte, alte europäische Mächte, früher Großmächte, ja sogar Großbritannien über zwei Jahrhunderte die Weltmacht, die beide das Vetorecht haben, nur es ist völlig klar, das Recht ist da, aber es ist kaum noch zu nutzen, warum? Weil das machtpolitische Gewicht schlicht und einfach dahingeht. Solange es nicht Beschlüsse gibt, die den Kernbestand des französischen oder britischen nationalen Interesses betreffen, sehe ich nicht, dass Frankreich oder Großbritannien von diesem Recht noch Gebrauch machen können. Es wäre aber völlig anders, wenn sie die gesamte Europäische Union hinter sich hätten. D.h. im Moment, wo es eine Konsensbildung gäbe, wo Frankreich und Großbritannien sagen würden, wir sprechen für Europa, sieht die Lage völlig anders aus. Ich nehme das nur als Beispiel, um zu verdeutlichen, wie sich die Dinge verändern, wie sich die Gewichte tatsächlich verschoben haben. Und ich füge nochmals hinzu, wir müssen begreifen, dass eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik an oberster Stelle unserer gemeinsamen Interessen steht. Was wird mit Russland? Die Frage ist doch – wenn Sie so wollen – liegt doch unter dieser Frage, die gegenwärtig Europa erneut zu spalten droht, nämlich die Raketenabwehr. Die Frage liegt unter der streitig diskutierten oder der Kontroverse um die Energieversorgung. Wie gestaltet Europa sein Verhältnis zu Russland? Und natürlich, auf der einen Seite ist es völlig klar, es ist unsere unmittelbare Nachbarschaft und in den vergangenen Jahrhunderten spielte Russland als europäische Macht eine zentrale Rolle für Stabilität und Sicherheit auf unserem Kontinent und so wird es auch bleiben. Die Frage ist nur, zu welchen Bedingungen und diese Frage wurde in der Ukraine zum ersten Mal massiv gestellt in der Krise, die ausgelöst wurde durch die gefälschten Wahlen. Und Europa war direkt nach der Erweiterung, wenige Monate danach, es war nicht die USA, es war Europa, das entschlossen gehandelt hat mit dem polnischen Staatspräsidenten und dem litauischen Präsidenten, mit der europäischen Vertretung durch Javier Solana und vieler die im Hintergrund intensiv daran gearbeitet haben. Denn es war völlig klar, wenn Europa akzeptiert, dass Russland nicht unser strategischer Partner ist, sondern zurückkehrt zu einer Politik der Einflusszone, zu einer imperialen Politik, dann wird sich die Sicherheitslage für Europa dramatisch zum schlechteren verändern. Das war in der orangenen Revolution klar zum Ausdruck gebracht worden, d.h. nicht, dass jetzt sozusagen jeder Tritt in die Richtung Russland deswegen legitimiert ist, im Gegenteil vieles davon ist kurzfristig, blind und nicht von langfristigen Interessen und Verständnis geprägt, aber es gibt hier – muss – eine klare rote Linie geben, das Europa, auf dem die Europäische Union das Europa der Integration gründet, lässt sich nicht mit einer Politik der Einflusszonen verbinden. Wenn wir das akzeptieren, dann wird

sich dieses Europa dramatisch rückwärts entwickeln und diese Konsequenz, wenn diese Position akzeptiert wird, die werde ich gleich im Einzelnen, auch in anderen Regionen noch durchdeklinieren. Die Frage der Sicherheit, es mutet von außen natürlich schon gespenstisch an, wenn eine der zentralen Fragen, Raketenabwehr, nicht in der Europäischen Union diskutiert wird. Ich meine, bei allem Respekt vor den Schwierigkeiten und ich meine, es würde nicht einfach werden, wenn ich französische, britische Positionen und anderes in Rechnung stelle, ich glaube nicht, dass dann eine Grüne Position am Ende da herauskäme, selbst wenn die Grünen dann ab 2009 wieder regieren werden, was ja sein kann. Aber ich bitte euch wirklich, wir können uns die schönen Reden über eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik schenken, wenn diese Kernfragen nicht im Rahmen der Europäischen Union diskutiert und nach Möglichkeit auch darüber eine gemeinsame europäische Position hergestellt wird und ich verstehe die Schwierigkeiten der deutschen Präsidentschaft, ich möchte hier keine innenpolitische Kontroverse auslösen, aber nochmals, das nur im Bereich der NATO zu lassen, das wird Europa in einer Kernfrage unserer zukünftigen Sicherheit zurückwerfen. Ich verstehe, ich hab gesagt die deutsche Präsidentschaft, weil ich weiß, man packt ungern an, wo man der Überzeugung ist, da kann man nicht wirklich sozusagen innerhalb der sechs Monate und jetzt noch verbliebenen Restmonate was wirkliches machen, aber ich halte das für eine essentielle Frage und darunter liegt die Frage, wir müssen, wir sehen doch gegenwärtig, und ich nehme da uns gar nicht aus, welche Spiele Putin mit der Energieabhängigkeit spielt, Polen blockiert einen Konsens und jetzt wird in Griechenland ganz bilateral unterzeichnet. Und so wir mit Europa, niemand wird uns da mehr ernst nehmen, wenn wir das zulassen und das ist gemeinsamen Interesse, liebe Freundinnen und Freunde, und zwar im europäischen Interesse, und selbstverständlich, ich meine, wir erleben es, bei der Raketenabwehr wird wieder bilateral entschieden, bei der Frage der Energieabhängigkeit wird bilateral entschieden und da finde ich jetzt unabhängig von den Ergebnissen und ich sage nochmals, realistischerweise und ich habe da, weiß Gott, genügend Erfahrungen gemacht, werden das nicht unbedingt Grüne Positionen sein, aber insgesamt wird, wenn es einen europäischen Konsens gibt, und der Schritt muss über eine engere Koordination, verbesserte Absprachen, hin eines Tages dann zu einer gemeinsamen Politik gehen, ich halte das für ganz entscheidend, denn die Energiefrage ist auch machtpolitisch eine der entscheidenden Kernfragen. Schauen wir uns weiter in unserer Nachbarschaft um und das ist ja die Debatte und das hat mit der Erweiterung zu tun, wo endet, wo beginnt die Europäische Union. Ich finde, das ist relativ einfach zu beantworten. Im Westen solange die USA keinen Beitrittsantrag stellen, werden es die Azoren sein. Im Norden das Polarmeer, im Süden das Mittelmeer, nur wo im Osten? De Gaulle hat ja diesen prägenden Satz einstmals formuliert, Europa vom Atlantik bis zum Ural, halte ich für keine gute Idee, weil der Ural nicht mitten in Russland, aber doch schon sozusagen schon mitten in Russland liegt. A bildlich gesprochen jetzt, nicht ausgemessen – ich finde das keine gute Idee und ich glaube auch, dass es in Russland für keine gute Idee gehalten wird. Und das große Russland ist eine Welt für sich, keine europäische Dimension, insofern strategisch positive Beziehungen, enge, wenn es gut geht, wenn die Modernisierung, die Demokratisierung, der Rechtsstaat in Russland sich endgültig durchgesetzt haben, überhaupt keine Frage, dass das die Zukunft sein muss, unser Ziel sein muss, aber auf der anderen Seite ist auch klar, dass die Berlusconi Mitgliedschaft von Russland in der Europäischen Union niemals Wirklichkeit sein wird. Wo also endet es? Ist eine sehr schwierige Frage, und ich meine in dem Zusammenhang sollte man auch gleich einen Haken an der Kerneuropadebatte machen. Wenn man sich noch mal genau vergewissert, was kann Europa eigentlich wahren, dann war es immer angstgetriebene Abgrenzung, aber es begann damit, dass man die Italiener mit der Lira nicht im Euro haben wollte, das war damals Schöuble. Aber dahinter stand auch, dass diese welthistorische Zäsur von 89, das plötzlich das ganze Europa wieder da war und zwar plötzlich, nicht nur das ganze Deutschland, das ganze Europa, dahinter stand auch ein Stückweit nie – ich nehme mich da gar nicht aus – nie zugegeben, aber emotional ein Stückweit angstgetriebene Abgrenzung vor der Größe der Herausforderung, die man spüren konnte. Das muss man wissen und wenn man die These akzeptiert, dass unsere wesentlichen Interessen heute europäische Interessen sind, dann ist Kerneuropa eine Idee, die nie Wirklichkeit wurde und der Geschichte angehört, aber keine Zukunftsperspektive. Das hat nichts mit ideologischer Abgrenzung oder so zu tun, sondern es wird nicht mehr funktionieren, die Negativfolgen von Kerneuropa werden einfach exorbitant und stünden gegen die europäischen, gegen die gemeinsamen Interessen. Da spricht nicht dagegen, dass es ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten auch in Zukunft gibt, das halte ich eher für eine Selbstverständlichkeit, aber nicht mit dem Ziel der Ausgrenzung, sondern mit dem Ziel der Lokomotive, den Zug voranzubringen. Voranzubringen, Geschwindigkeit zu erzeugen und damit den europäischen Integrationsprozess voranzubringen, nicht also exklusiv, sondern inklusiv. Wenn man das so sieht, dann allerdings, liebe Freundinnen und Freunde, wenn man an Kerneuropa einen Haken dranhaken kann, dass lässt sich die Grenzfrage beantworten. Wenn es so ist, dass unsere strategische Nachbarschaft mit Russland definiert wird, dann muss die Tür für all jene offen gehalten werden, die zu Europa dazukommen wollen. In der Ukraine ist das alles andere als einfach, damit wir uns nicht missverstehen, deswegen halte ich nichts davon, für vorschnelle Versprechen. Dort begegnen sich Russland und Europa, der Westen will Richtung Europa, der Osten und Süden hat starke Bindungen an Russland.

Aber die Perspektive zu erhalten und deswegen auch unser Interesse an der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine und ähnliches gilt für Weißrussland und – wenn ich das mal sagen darf, ich freue mich ja, Regierungen verändert auch Positionen, dass selbst in der Union man mittlerweile wieder begreift, dass eine etwas offenere Visapolitik durchaus subversiven Charakter in Weißrussland hat, ich meine das ganz im ernst, aber ich möchte das nicht weiter vertiefen, sondern gestattet mir, dass ich den Gedanken fortführe. D.h. aber auch – und schaut euch an, überlegt mal, was wäre, wenn wir die große Erweiterung nicht gehabt hätten, welche Spiele würden heute gespielt, die mit der Ukraine und mit Weißrussland, was Gas- und Öllieferungen anbetrifft, gespielt werden? Welche Spiele werden gespielt in Moldawien und welche Einladung wäre das? D.h. wenn meine These vom Europa der Interessen, der gemeinsamen Interessen richtig ist, dann werden wir die Tür für diese Nationen offen halten müssen, weil wir uns auch ein kleines Zwischeneuropa nicht erlauben sollten und erlauben dürfen. Die Schwierigkeit, die Grenzen zu definieren, soweit glaube ich, würde selbst noch in der Unionsfraktion Beifall ertönen, beginnt mit Türkei. Und da, liebe Freundinnen und Freunde, mache ich mir ernsthaft große Sorgen, weil ich von dem Europa der Interessen wirklich überzeugt bin. Und so wie in Berlin, wie in der innerdeutschen Grenze und einige Veteranen der Friedensbewegung sitzen hier ja noch, die wissen, dass Ground Zero nicht in Downtown Manhattan war, sondern über viele Jahre, ja Jahrzehnte im Fuldagap, auch das ein amerikanischer Begriff in der Strategieplanung, d.h. irgendwo bei Schlitz, Milan, als Hessen wissen wir das, der Rest weiß nicht, wo Schlitz liegt, natürlich nicht. Das war eine geografische Senke, wo der Durchbruch zu erwarten war, wenn es zur tatsächlichen militärischen Konfrontation kommt. Damals war Europa abhängig davon, was sich im zentralen Spannungsbereich Deutschland und Berlin ereignet hat. Nur ich frage mich, warum ist es so schwer zu begreifen, und ich verstehe ja, es gibt kulturelle Einwände, es gibt historische Erfahrungen, ich begreife vieles, aber zwei Dinge können wir doch nicht verneinen, erstens seit 1963 sind der Türkei Zusagen gemacht worden, und zwar aus Gründen, die heute noch schwerer wiegen, warum ist die Türkei in den Europarat aufgenommen worden? Warum in die NATO, weil sie damals die Südflanke der NATO gegen die Sowjetunion im Warschauer Pakt gesichert hat, d.h., es war ein strategisches Interesse, warum hat Walter Hallstein 63 in seiner bemerkenswerten Rede, übrigens parallel zu dem Assoziationsvertrag mit Griechenland, das war ein paralleler Prozess damals, warum hat er die Zusagen gemacht, eines Tages gehört ihr als Vollmitglied in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, aus strategischen Gründen, aus dem selben Grund, warum die Türkei Mitglied der NATO ist und Mitglied des Europarates. Nur, wenn damals das Zentrum der Konfrontation, das Zentrum auch der Bedrohung an der innerdeutschen Grenze lag und das nur sozusagen ein Nebenschauplatz war, dann müssen wir doch heute feststellen, dass die zentralen Bedrohungen für unsere Sicherheit im östlichen Mittelmeer und im Nahen und Mittleren Osten liegen werden. Ich habe es vorhin schon gesagt, es gibt für uns keine Optionen, unsere geopolitische Lage zu ändern und wir haben noch einen dritten Faktor, die muslimische Zuwanderung, wenn wir Europäer nicht begreifen, dass wir jedes Interesse daran haben, dass wir in Frieden mit unseren muslimischen Nachbarn in unserem Land, aber auch mit unseren regionalen Nachbarn leben, wenn wir das nicht begreifen, dann begreifen wir nicht das Ausmaß der Herausforderungen, mit denen wir es zu tun haben. Europa hat jedes Interesse an einem modernen Islam, Europa muss jedes Interesse daran haben, dass bewiesen wird, dass Islam und Moderne, Islam und Frauenrechte, Islam und Menschenrechte, Herrschaft des Rechts, moderne Gesellschaft, starke Zivilgesellschaft, dass das zusammengeht. Und spätestens seit dem 11.9. ist diese Herausforderung klar und gerade wir Europäer haben doch auch erlebt, wohin Modernisierungsblockaden von Gesellschaften führen und wenn ihr euch unsere regionale Nachbarschaft anschaut, die Bedrohungspotenziale, ob es Terrorismus ist, ob es alte Regionalkonflikte sind, nicht nur der Regionalkonflikt zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn, Palästinensern und den anderen arabischen Nachbarn, es gibt noch eine ganze Reihe anderer Konflikte, jetzt erleben wir gerade, wie der Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten instrumentalisiert wird und dass dahinter ein Hegemonialkonflikt zwischen Saudi-Arabien, Ägypten und Jordanien auf der einen Seite und Iran dabei ist, sich zu entfalten. Etwas weiter nördlich die ungelösten Herausforderungen im Kaukasus, die Grenzen in dieser Region sind alle Ergebnisse des zusammengebrochenen Ottomanischen Reiches nach dem ersten Weltkrieg oder noch später. Zugleich Öl und Gas in einer Größenordnung, dass man von der Tankstelle der Welt am Persischen Golf sprechen muss für die Weltwirtschaft, wenn man das alles zusammennimmt und oben drauf dann noch einen möglichen nuklearen Rüstungswettkampf durch das Iranische Atomprogramm und seinen Konsequenzen zieht, dann müssen wir doch begreifen, was die Stunde geschlagen hat und in diesem Augenblick fangen wir an, den türkischen Partnern sozusagen ein Schlag nach dem anderen auf die Nase zu versetzen. Ich verstehe uns ehrlich gesagt nicht. Es ist unser elementares Interesse, nicht nur dass die Türkei, Sicherheitssäule und Sicherheitsanker ist und auch in Zukunft sein sollte und muss, sondern die Türkei ist das Land, bei aller Kritik – und Kritik bedeutet für mich nicht, hier in Fundamentalkritik sich zu ergehen, sondern die Kräfte im Land zu stärken und diejenigen in den Institutionen zu ermutigen, den Weg weiterzugehen zu einer europäischen Türkei und dazu gehört Kritik, damit wir uns hier auch richtig verstehen. Ich muss euch sagen, mich besorgt es sehr und es wird auch nicht reichen zu sagen: pacta sunt servanda, aber ansonsten setzen wir drauf, dass der Prozess entgleist durch

„unfreundliches Verhalten“. Wir schädigen uns selbst und damit wir uns hier auch richtig verstehen, in Grünen Versammlungen bekommt man dafür leicht Beifall, aber ich sage euch, das ist eine ganz, ganz schwere Auseinandersetzung, und zwar den Berg hoch und nicht runter, aber die muss man führen, das ist für mich der entscheidende Punkt. Es gab und gibt keine wirkliche zentrale Entscheidung, wo man von vornherein immer mit Mehrheiten rechnen kann, da ist Führung angefragt, da muss man wirklich führen und da reicht es nicht zu sagen, na ja, pacta sunt servanda und ansonsten hoffen wir darauf, das ganze wird eh nichts, weil die Konsequenzen, die wir da zu bezahlen haben, liebe Freundinnen und Freunde, die werden ganz erheblich sein. Nur bei dem vielen Beifall, nicht um zu provozieren, sondern es ist meine ehrliche Überzeugung, man muss dann schon mal nach der Rolle Deutschlands fragen. Und zwar nicht nur in der Türkei, sondern in der gesamten Region. Und da verstehe ich manche Entscheidungen, ich verstehe manche Diskussion, aber manche Entscheidungen verstehe ich nicht. Denn es scheint mir doch völlig klar zu sein, wenn die These richtig ist, die ich gerade zur Begründung bei der Türkei formuliert habe, dann gilt das selbstverständlich auch für Israel, auch da Beifall, dann gilt das aber auch für den Libanon und dann gilt das auch für Afghanistan, damit wir uns richtig verstehen. Und ich sage euch etwas sehr unbequemes, was ich erlebe draußen bei unseren Bündnispartnern, man scheint sich in Deutschland immer noch nicht klar zu sein, welche Verantwortung wir haben, nicht aus deutscher Sicht, aus deutscher Sicht allein spricht nichts dafür, dass die Bundeswehr am Hindukusch steht, aus europäischer und transatlantischer Sicht allerdings sehr viel, das muss man einfach sehen. Und da sage ich euch, da sechs, sieben Tornados geschickt werden und ich verstehe die Schwierigkeiten einer Oppositionspartei, aber da sind sieben Tornados geschickt worden, endlich, wenigstens etwas, als die Kanadier um Hilfe geschrien haben, weil sie innerhalb weniger Wochen 60 Mann oder mehr verloren hatten im Süden, da muss ich euch sagen, war keine weise Entscheidung unserer Regierung und des Parlaments, diesen Ruf zu überhören. Ich sag das in aller Offenheit, ich kann mir das jetzt erlauben, hier ganz offen zu sein, das kommt zurück und ich sage euch auch, so wird das Europa der gemeinsamen Sicherheit und der gemeinsamen Außenpolitik nichts werden, ist keine formale europäische Sache, sondern ist NATO, aber selbstverständlich spielt das mit hinein und vor allen Dingen auch in das EU-NATO-Verhältnis und ich weiß, wie unpopulär das ist, ich sage es nochmals, aber es richtig, notwendig und wichtig und ich verstehe die Bedrängnisse meiner Partei und möchte da auch nicht intervenieren, aber was das Verhalten unseres Landes anbetrifft, fände ich dass eine Entscheidung respektive das zu überhören, etwas was mich berührt hat und wo ich glaube, wo wir meine mit wir als Deutschland, alles andere als richtig und zukunftsorientiert entschieden haben. Und im Libanon? Warum werden die Italiener und Franzosen in Afghanistan nicht so kritisiert wie wir, im Libanon verteidigen wir die Küsten als maritime Macht gegen die schreckliche Navy der Hisbollah und die Italiener und die Franzosen holen die Kastanien dort aus dem Feuer, keine formale europäische Sache, aber eine europäische Verantwortung und das, liebe Freundinnen und Freunde, das halte ich für sehr kurzsichtig, gerade in diesem großen wichtigen Land wie Deutschland wird es darauf ankommen, wenn wir die schönen Worte von Europa ernst nehmen, dass wir in der Tat auch dann bereit sind, die Verantwortungskonsequenzen durchzudeklinieren, sonst wird das nichts werden und da kann ich nur sagen, wenn ich mir anschau, wie die tatsächlichen Gefahren sind und ihr seht es doch, mit guten Gründen und es ist jedem heute klar, warum wir gegen den Krieg im Irak waren, jedem, mit guten Gründen, aber genauso haben wir immer befürchtet, das wird zu einer Selbstschwächung der USA führen und wenn die USA geschwächt sind und da mag man an antiamerikanischen Illusionen hegen oder berechnete Kritik, die es ja auch allzu oft geben muss, aber wer wird dann das Vakuum ausfüllen, das werden nicht friedliebende Kräfte sein, davon könnt ihr ausgehen. Und dann werden wir Europäer plötzlich vor eine Frage gestellt, ob wir erwachsen geworden sind in diesem Zusammenhang und deswegen, ich möchte hier keine Rede halten, wo man sehr schön über Europa und Institutionen und ähnliches redet, so schön und wichtig das ist, aber wenn man es politisch zu Ende dekliniert, dann reden wir über einen gemeinsamen Willen, dann müssen wir das institutionelle Defizit schwache Institution schließen und dann müssen wir, so leid es mir tut, auch die Fähigkeiten dazu haben, und zwar die zivilen, wie auch die militärischen Fähigkeiten als Europa, damit wir in der Tat für eine Politik einstehen können, die wir für richtig halten, gegründet auf der Herrschaft des Rechts, der Demokratie, der Gewissheit der Gleichheit aller Menschen und gegründet auch auf der Erkenntnis, dass wir Frieden nicht nur mit Worten bekommen, eine Erfahrung, die wir auch gemacht haben. Und dasselbe gilt für den südlichen Kontinent, ja, ich möchte noch hinzufügen, Afghanistan ist hoffnungslos unterfinanziert im zivilen Bereich, aber es ist auch klar, dass in Pakistan eine strategische Entscheidung getroffen ist, sich auf die Zeit nach der amerikanischen Dominanz in der Region vorzubereiten. Es fallen keine wunderbaren Pickup-Toyotas vom Himmel und die werden auch nicht durch Solidaritätssammlungen irgendwo zustande gebracht, dasselbe gilt für die Bewaffnung, dasselbe gilt für command and control, dasselbe gilt alles, die Fakten liegen auf dem Tisch. Wir können das nicht ignorieren und dasselbe gilt im großen Kontinent Afrika, die Europäische Union engagiert sich, aber tun wir tatsächlich genug in Darfur, ich rede ja nicht von einer militärischen Intervention, es gab eine Zeit der Hoffnung, die zu den Friedensvereinbarungen in Nabutscha geführt hat, heute ist die Situation wieder dabei völlig zu erodieren, sich zu verschlechtern, dramatisch zu verschlechtern, die Luftwaffe

wird zum Einsatz gebracht, das Töten, das Vergewaltigen, das Brennen geht weiter, ich rede hier nicht von einer Militärintervention, auch wenn sich die Frage der Durchsetzung eines Flugverbotes dort stellen wird. Wenn Kattun nicht begreift, dass mit dieser Politik und ich rede hier nicht an erster Stelle humanitäre Gründe führe ich hier an, an zweiter Stelle aber muss man den darunter liegenden Konflikt sehen. Und der darunter liegende Konflikt ist, dass es dort keinen nationalen Konsens über die Verteilung der Macht und der Ressourcen der Erträge von Öl und Gas tatsächlich gibt und deswegen gibt es, gab es den Aufstand im Süden, es gibt ihn in Darfur und es wird ihn im Osten geben. Und ich sage, es gibt einen ganz realpolitischen Grund, wenn dort nicht die friedlichen Möglichkeiten genutzt werden, spricht alles dafür, das dieses große zentrale Land anfängt, sich zu desintegrieren über kurz oder lang. Nur dann, werden wir ein massives Problem bekommen und deswegen, die Europäische Union und ich würde mir wünschen, dass die deutsche Präsidentschaft hier vorangeht oder ich muss mir es nicht wünschen, Dani und ich sind uns da einig, die Europäische Union hat Möglichkeiten und ich glaube, es wäre auch gut im transatlantischen Bereich hier etwas gemeinsam zu machen, die Bereitschaft auf der anderen Seite des Atlantik ist groß. Was wir jetzt erleben im Zusammenhang mit den Sanktionen gegenüber dem Iran ist, dass gezielt Finanzsanktionen sehr schmerzen, vor allen Dingen bei Ölexportierenden Ländern, Reisebeschränkungen oder Reiseverbote, aber dann gezielt auf die Finanzströme zu gehen, nicht auf die Lieferung. Europa könnte da, aus meiner Sicht sehr vieles tun und noch besser wäre es, wenn es in Abstimmung innerhalb der internationalen Gemeinschaft ginge. Und auch China wird begreifen, das ist der Hauptinvestor im Sudan, in die Öl- und Gasindustrie, Indien an zweiter Stelle, aber beide werden begreifen, dass sie im wohl erwogenen Interesse an Liefersicherheit werden verhindern müssen, dass dieses Land anfängt, sich zu desintegrieren oder gar zusammenzubrechen. Die Chance ist da und hier ein energisches Handeln von Europa ist ein weiterer entscheidender Gesichtspunkt. Deswegen glaube ich auch, wir sollten – es wird jetzt noch eine zeitlang etwas holpern – aber Amerika wird wählen, es wird einen neuen Präsidenten oder Präsidentin geben, die transatlantischen Beziehungen müssen auch von Europa her – wir können nicht nur darauf warten, dass die andere Seite initiativ wird, sich was verändert. Die Europäer haben auch Veränderungsbedarf, hätten wir heute ein starkes Europa, wäre das Referendum nicht schief gegangen, würde die Frage der Rückkehr zu Multilateralismus ganz anders diskutiert werden in den Vereinigten Staaten, weil man dann mit einem starken Partner zu tun hätte. Europa insofern darf nicht nur immer die transatlantischen Rituale wiederholen, sondern muss sie mit neuem Inhalt ausfüllen und transatlantische Perspektive ohne europäische Stärke, die wird es nicht geben und deswegen meine ich, dass es nicht nur um die Raketenabwehr geht, im Übrigen bin ich der Meinung, die Raketenabwehr rentiert keine dauerhafte Spaltung Europas und es wird da nur einen europäischen Ausweg geben oder es wird keinen geben. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir die darunter liegende Frage, nämlich ob mit uns Spiele gespielt werden können, beantworten müssen und das wird nur über eine starke europäische Sicherheits- und Außenpolitik gehen. Ich habe es vorhin gesagt, liebe Freundinnen und Freunde, wir brauchen den gemeinsamen politischen Willen, wir brauchen die Fähigkeiten und wir brauchen die Institution. Europa ist stolz darauf – mit gutem Recht – dass wir früher als andere die ökologische Herausforderung erkannt haben und darauf könnt ihr alle stolz sein. Ich werde nur immer misstrauisch, Jürgen, wenn ich das Jahr 1990 bei irgendwelchen Beschlüssen lese. Wenn es um Schadstoffminderung geht sozusagen, das politische Verschwinden der DDR und die Investitionen in die deutsche Einheit dann den Sockel bilden. Ich möchte uns da nicht von ausnehmen, das gebietet die Ehrlichkeit der Diskussion, aber ich habe es vorhin gesagt, die Herausforderungen, es reicht nicht zurückzublicken, wenn wir vorausschauen, die ökologischen Herausforderungen werden dramatisch zunehmen, nicht weil wir Grüne Untergangspropheten sind, sondern weil ich ganz optimistisch von den Wachstumserfolgen in China, Indien, in Südostasien und an anderen Stellen der Welt überzeugt bin. Und wenn man diese Wachstumserfolge unterstellt, ist die andere Seite der Medaille auch schon definiert und in Zahlen zu erfassen. Und das globale Ökosystem Erde wird ein – wir bleiben wo wir sind und packen oben drauf – auf Dauer nicht aushalten, auch das ist mittlerweile vorgedrungen in nahezu alle Bereiche. Und wenn das so ist, liebe Freundinnen und Freunde, dann werden wir natürlich auch feststellen, dass es nicht auf Deutschland mehr allein ankommt, sondern das Europa hier der entscheidende Handlungsrahmen ist. Bis zu Stunde stimme ich noch nicht in den Jubelchor der europäischen Beschlüsse ein, weil ich mich frage, ist es ein neues Maastricht oder ist es ein neues Lissabon? Ich werde den Verdacht nicht los, dass wir es mit einem neuen Lissabon zu tun haben, d.h. alle sind dafür, weil es bisher nicht darum geht es zu machen. Und das erinnert mich ein bisschen an jenes großartige Bild, die Kommission, als dieser alte Fischer, der diesen riesigen Schwertfisch gefangen hat, beim Alten Mann und das Meer und den muss er in den Hafen bringen, also die Kommission hat jetzt den Auftrag, mit den einzelnen Regierungen dann die Reduktionsziele konkret auszuhandeln und auch gleichzeitig den Aufbau der erneuerbaren Energien ebenfalls auszuhandeln. Der alte Mann kam noch mit dem Gerippe des Fisches zurück, nachdem die Haie und Barakudas sich daran gemacht haben, aufgrund meiner europäischen Erfahrung könnte ich mir vorstellen, das selbst von den Knochen nichts mehr übrig bleibt, wenn die Kommission in diese Debatte reinght. Es wird von uns abhängen, wenn wir das so sehen, dann kann man

sich nicht entspannt zurücklehnen, sondern dann wird da die große Herausforderung liegen, dass wirklich ernst gemacht wird, und zwar auf europäischer Ebene, das ist – so wichtig die nationale Ebene ist – , aber dass hier auf europäischer Ebene ernst gemacht wird und ich meine, dass das eine große Herausforderung ist, die zweite große Herausforderung in Frieden und Sicherheit und noch vor der Einstellung auf die neue Wettbewerbssituation durch die Globalisierung, die zweite große Herausforderung und ich meine die europäischen Grünen sind dafür hervorragend vorbereitet. Nur ich sage es nochmals, das wird jetzt weit in das Zentrum der Industriegesellschaften hineinreichen und ich warne davor, allzu sehr sich in die Verbotsecke drängen zu lassen. Damit wir uns nicht missverstehen, es wird an gesetzlichen Regelungen überhaupt nicht mangeln, die Frage ist nur, und von außen verfolgend die Debatte, mein Eindruck ist der, dass natürlich denen, die meinen kurzfristige Interessen vertreten zu müssen, egal aus welchen Gründen, es am besten gefällt, wenn diejenigen, die die ökologische Vernunft vertreten, als miesepetrige Verbotshanseln dargestellt werden können. Und da rate ich, schaut euch Kalifornien an, die machen das ganz gut, ganz taff, was ihre Gesetze betrifft, ganz taff, was ihre Verordnungen betrifft, aber überhaupt nicht weltabgewandt oder eine Absage an Spaß an der Freude, das gehört für mich zusammen. Und ich finde schon, dass jetzt wirklich Druck gemacht werden muss und die große Herausforderung wird sein, nicht dass die Grünen Themen nach hinten gehen, im Übrigen hätte ich keine Angst vor der Journalistenfrage, alle machen jetzt in Öko, seit ihr nicht überflüssig, die Frage vor allen Dingen, Jan, hieß, keiner interessiert sich mehr für Öko, seit ihr nicht überflüssig? Wir waren damals nicht überflüssig und sind heute weniger überflüssig denn je, da würde ich mir überhaupt keinen Kopf darüber machen. Den Kopf würde ich mir darüber machen, dass in der Regel Grüne Parteien oder auch Umweltverbände und Umweltinitiativen eine Minderheitenkultur repräsentieren. Und dass das Thema plötzlich aus der Minderheitenkultur in das Zentrum reinwächst, d.h. gesellschaftlich, wirtschaftlich hegemonial wird. Und dadurch verändert sich natürlich ganz entscheidend, auch der Zugang und da wird man sehr Acht geben müssen, dass man sozusagen nicht zurückbleibt. Das Thema fährt sehr, sehr schnell, angetrieben durch die neuen Erkenntnisse und die neue Realität und wenn man dieses Thema, das Geschwindigkeit aufnimmt, steuern will, dann darf man nicht zurückbleiben. Das sehe ich als die entscheidende Herausforderung an und deswegen, liebe Freundinnen und Freunde, ich gehöre zu dem, was ich Euro-Optimisten nennen würde, wir haben die Chance bis 2009 den Kern der Verfassung, die entscheidenden institutionellen Reformen umzusetzen und um auch das klipp und klar zu sagen, mir geht es nicht um das Wort, ich werde jetzt immer gefragt, war das Wort Verfassung nicht zuviel? Nein, dann darf man nicht zurückbleiben. Das sehe ich als die entscheidende Herausforderung an und deswegen, liebe Freundinnen und Freunde, ich gehöre zu dem was ich Euro-Optimisten nennen würde, wir haben die Chance bis 2009 den Kern der Verfassung, die entscheidenden institutionellen Reformen umzusetzen und um auch das klipp und klar zu sagen, mir geht es nicht um das Wort, ich werde jetzt immer gefragt, war das Wort Verfassung nicht zuviel? Nein, wir wären ohne die Verfassung nie aus der intergouvernementalen Konferenz rausgekommen, nach Nizza, nach Amsterdam und teilweise auch was die Institutionen anbetrifft, um die EU für die Erweiterung fit zu machen, nach Maastricht ging es gar nicht mehr anders. Und zu sagen, die intergouvernementale Konferenz schafft es nicht, aber sie musste das jetzt beschließen, dass sie es nicht, das wäre unmöglich gewesen, insofern ging es nur über diesen föderalen Traum der Verfassung und ich behaupte, vorhin gesagt, dass kein Europa für mich Geschichte ist, ich behaupte, dass der Kompromiss, der in den Institutionen erreicht wurde, ein hervorragender Kompromiss ist, der die verschiedenen Traditionen und Interessen repräsentiert und da kann ich nur sagen, wie das Kind genannt wird, wenn es anschließend bei der Taufe laut und kräftig kräht, ist mir ehrlich gesagt, egal. Worum es geht, ist, dass im Wesentlichen die Institutionelle Reform an erster Stelle der Doppelhut in der Außen- und Sicherheitspolitik ein europäisch auswärtiger Dienst, das eine starke europäische Institution die Koordination und Zusammenführung der Außen- und Sicherheitspolitik betreibt. An zweiter Stelle, dass wir uns nicht länger lächerlich machen mit den rotierenden Präsidenschaften, das sagt euch alles gar nichts, das ist Teil des Problems, weil ihr das gar nicht zur Kenntnis nehmt. Ich möchte jetzt nicht die kleinen Länder beleidigen, sondern ich glaube, es gibt viele Kandidatinnen und Kandidaten, die bei einer Dauerpräsidenschaft aus kleinen Ländern hervorragend geeignet wären, aber ich sage euch, diese EU – USA-Gipfel sind wirklich aus amerikanischer Sicht, der Gipfel, weil es keinen Termin gibt, der den Amerikanern sinnlos erscheint, dabei sind wir ihr wichtigster Partner. Und man kann das auch erklären warum. Weil in der Regel, gut Angela Merkel ist bekannt, aber in der Regel ein Präsident aus einem mittleren oder kleinen Land der amerikanische Präsident sich fragt, wer ist das und gleichzeitig gesagt kriegt, müssen sie nicht wissen, Herr Präsident, in sechs Monaten oder in drei Monaten ist ja meistens in der Zeit, kommt ein anderer, machen sie sich erst gar nicht die Mühe, es gibt wichtigeres zu tun. Liebe Leute, ihr lacht jetzt, man nimmt uns nicht mehr ernst an diesem Punkt. Ich habe Sitzungen erlebt, wo die alle die Augen verdrehten, wenn es heißt, jetzt kommt die Europäische Union, dann kommt die Präsidenschaft, ich verstehe das alles, warum das so ist in diesem institutionellen Rahmen, da kommt die Präsidenschaft, dann kommt der Kommissionspräsident, dann kommt die für die Außenvertretung zuständige Kommissarin und dann kommt Solana, von dem alle glauben, er hat die Verantwortung, aber in Wirklichkeit hat er nichts zu sagen, sondern wird ganz ans Ende gesetzt bei einem solchen Treffen und das

Geld liegt bei der Kommission, der Apparat liegt auch bei der Kommission, das ist die Realität und ob wir ernst genommen werden oder nicht ernst genommen werden, ist unter den Gesichtspunkten, die ich vorhin inhaltlich diskutiert habe, von ganz entscheidender Bedeutung und deswegen sehe ich auch darin in der permanenten Präsidentschaft einen ganz entscheidenden Punkt, hinzu kommt, dass natürlich die Zusammenführung von Europäischem Parlament mit mehr Rechten und den Nationalparlamenten über das Subsidiaritätsprinzip direkter am europäischen Gesetzgebungsprozess beteiligt zu sein, ein großer Politisierungspotenzial darin liegt, und zwar zugunsten der Demokratie, d.h., das sind für mich die Kernbestandteile. Darüber hinaus glaube ich, dass wir gut beraten sind, in einer immer größer werdenden Union an der doppelten Mehrheit festzuhalten als Abstimmungsprinzip, weil es die Balance zwischen groß und klein herstellt, zwischen Bevölkerungsmehrheit und Staatenmehrheit und wenn man das eine oder andere aus dem Teil drei noch hinzunimmt, ich würde mir wünschen Teil zwei gehörte mit dazu, aber der Teil zwei wird früher oder später dazu kommen. Entweder via Europäischer Gerichtshof oder aber indem die Widerstände dagegen abnehmen. Für mich geht es im Kern darum, dass wir bis 2009 die institutionellen Reformen brauchen. Warum 2009, weil ich Schwierigkeiten sehe, neue finanzielle Vorausschau zu erarbeiten, d.h. einen finanziellen Kompromiss zu bekommen, wenn die EU nicht umschaltet, weg von der Gefahr einer Renationalisierung hin zu einer neuen europäischen Integrationsdynamik und Handlungsdynamik. Wir stellen doch fest, dass das was Barroso, was Blair verkündet haben, das Europa der Projekte, nicht wirklich funktioniert, wie kann das auch? Ich bin sehr für das Europa der Projekte, aber das setzt voraus, dass man Institutionen hat, die diese Projekte tatsächlich anschieben, umsetzen können, sonst bleibt das Europa der Projekte das, was wir erleben, eben ein verbales Projekt. Was ist, liebe Freundinnen und Freunde, die Perspektive für die ich meine, dass wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen müssen? Die Erweiterung vollenden, die Nachbarschaftspolitik endlich voranzubringen und dazu gehört auch die Außen- und Sicherheitspolitik. Bisher war die Machtprojektion der Europäischen Union Erweiterung, ihr übernehmt die Regeln, ihr setzt die Regeln um, dann gehört ihr eines Tages dazu, das wird sicher verändern. Ich denke, hier wird die Europäische Union der Außen- und Sicherheitspolitik ebenfalls einen entscheidenden Schritt nach vorne machen müssen. Und dann wird es ganz entscheidend darauf ankommen, dass wir dieses Europa der Interessen als ein handlungsfähiges Europa gestalten. Perspektive ist 2009, ich rate dringend dazu, bei allem Verständnis für die innenpolitischen Zwänge und innerparteilichen Zwänge, aber zu begreifen, das ist keine parteipolitische Frage, sie geht durch das parteipolitische Nadelöhr, aber es ist keine parteipolitische Frage, es ist die Schicksalsfrage für unsere Generation, vor allen Dingen für die jüngere Generation. In der Frage der Sicherheit, in der Frage der sozialen Gerechtigkeit, in der Frage auch der ökologischen Sicherheit, mittlerweile muss man das fast so nennen, d.h. in der Frage des ökologischen Umbaus, der Transformation, nicht nur unsere Industriegesellschaften, sondern der globalen, brauchen wir dieses Europa und ich gehe fest davon aus, dass die europäischen Grünen dabei nicht nur die Speerspitze sind, sondern auch die Vorausdenker, die kritischen Kritiker, aber ganz entscheidend diejenigen, die das Steuer immer fest in der Hand haben. Ich danke Euch.

not at all